

Zwischen Hoffen und Abwarten: Jelzins Wahlsieg, der Westen und der G7-Gipfel von Lyon

Höhmann, Hans-Hermann; Meier, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Höhmann, H.-H., & Meier, C. (1996). *Zwischen Hoffen und Abwarten: Jelzins Wahlsieg, der Westen und der G7-Gipfel von Lyon*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 45/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46415>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Zwischen Hoffen und Abwarten:
Jelzins Wahlsieg, der Westen und der G7-Gipfel von Lyon**

Zusammenfassung

Der Wahlsieg Jelzins wurde im Westen als eine deutliche Bestätigung der demokratischen Entwicklung Rußlands herausgestellt. Dies ist verständlich, denn die möglichen Alternativen - ein Verbleiben Jelzins im Amt ohne Bestätigung durch die Wähler oder ein Wahlsieg Sjuganows - hätten auf verschiedene Weise im Inneren und nach außen schwer zu bewältigende Krisen ausgelöst. Wie sich die Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland zukünftig gestalten, hängt allerdings in entscheidendem Maße davon ab, welchen Kooperationsrahmen die politische und ökonomische Entwicklung des Landes setzt. Die demokratisch legitimierte Weiterführung der Präsidentschaft Jelzins räumt Rußland zumindest die Chance ein, die Turbulenzen und Instabilitäten zu vermeiden, die bei jeder anderen Lösung zu erwarten gewesen wären. Gleichzeitig läßt sie zumindest vorsichtig auf einen zwar keineswegs spannungsfreien, aber insgesamt doch kontinuierlichen Fortgang der politisch-ökonomischen Transformation hoffen. Die Entwicklungsperspektiven von Politik und Wirtschaft implizieren, daß sich nach Jelzins Wahlsieg die Rahmenbedingungen für ein breitgefächertes westliches Wirtschaftsengagement in Rußland mittelfristig verbessern dürften, daß jedoch nicht mit sofortigen und rasanten Fortschritten zu rechnen ist. So kennzeichnen Interesse und positive Erwartungen die Haltung westlicher Wirtschaftskreise, aber noch keine Entschlossenheit zu neuen, umfangreichen Aktivitäten. Noch mehr gilt wohlwollendes Abwarten für die politischen Führungen im Westen, und auch auf dem G7-Gipfel von Lyon (27.-29.6.1996) sind neue spektakuläre Initiativen für die weitere Implementierung partnerschaftlicher Beziehungen mit Rußland ausgeblieben. Insgesamt gilt das Prinzip Offensein nicht nur für die politischen und ökonomischen Perspektiven Rußlands, sondern auch für die westlichen Reaktionen darauf. Hier wie dort handelt es sich allerdings um ein "positives" Offensein, das in erster Linie als Ansatzpunkt für zukünftige Verbesserungen verstanden wird, mögen diese auch noch mit zahlreichen Risiken belastet sein. Die Beziehungen zu Rußland treten in eine neue Phase, in der die schwierige Suche nach adäquaten Sachlösungen an die Stelle von

Rettungsaktionen und rituellen Beschönigungen treten muß.

Jelzins Wahlsieg in westlicher Perzeption

Der klare Sieg Jelzins über seinen kommunistischen Konkurrenten Sjuganow im zweiten Durchgang der russischen Präsidentschaftswahl hat in den G7-Staaten große Erleichterung ausgelöst. Der Ausgang der Wahl entspricht erklärtermaßen den Interessen des Westens, der sich im Vorfeld der Wahlen in einem abgestimmten Prozeß darum bemüht hatte, den Amtsinhaber auf vielfältige Weise zu unterstützen. Die Reformentwicklung in Rußland wird bei einer fortgesetzten Präsidentschaft Jelzins immer noch als entschieden erfolgversprechender angesehen als unter einer möglichen kommunistischen Führung. Die russische Außenpolitik unter Jelzin gilt trotz vereinzelter rhetorischer Ausfälle als insgesamt verlässlich und berechenbar. Schließlich geht man, vor allem seitens der internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen, schon für die nahe Zukunft von deutlichen realwirtschaftlichen Erholungs- bzw. monetären Stabilisierungstendenzen der russischen Wirtschaft sowie von zunehmender Kooperationsbereitschaft und fortgesetzten Bemühungen um Konsistenz der Wirtschaftspolitik aus.¹ Die Rußland und insbesondere seinem Präsidenten im Vorfeld der Wahl gewährte Unterstützung bestand einerseits aus multi- und bilateralen Finanzhilfen (neuen Krediten, Umschuldungen), andererseits aus Maßnahmen zur außenpolitischen Einbindung des Landes und seiner internationalen Aufwertung. Allerdings waren vor allem die neuerlichen Finanztransfers in Rußland und in den Geberländern gleichermaßen umstritten, und es gab viele berechtigte Zweifel daran, ob die eingeleiteten Maßnahmen auch den gewünschten Effekt erzielen würden.

In den ersten Kommentaren der G7-Spitzenpolitiker wurde der Erfolg Jelzins in erster Linie als eine deutliche Bestätigung der demokratischen Entwicklung Rußlands herausgestellt. Die Genugtuung des Westens ist verständlich: Die beiden möglichen Alternativen zum Wahlausgang hätten auf verschiedene Weise nach innen und außen problemverschärfend gewirkt. Ein Verbleiben Jelzins im Amt ohne Bestätigung durch die Wähler hätte dem Westen zwar den gewünschten Partner erhalten, aber auf einer für substantielle Kooperation kaum tragfähigen Basis. Ein Wahlsieg Sjuganows dagegen hätte dem Westen zwar einen demokratisch legitimierten russischen Präsidenten beschert, aber kaum einen berechenbaren und politisch akzeptablen Partner. Wie sich die Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland in der zweiten Amtsperiode Jelzins gestalten, hängt allerdings in entscheidendem Maße davon ab, welchen Kooperationsrahmen die politische und ökonomische Entwicklung des Landes setzt.

Die politische Szene: Mehr Chancen für Demokratie?

Die demokratisch legitimierte Fortsetzung der Präsidentschaft Jelzins räumt Rußland zumindest die Chance ein, die Turbulenzen und Instabilitäten zu vermeiden, die bei jeder der beiden genannten Alternativen zu erwarten gewesen wären. Gleichzeitig läßt sie auf einen zwar keineswegs spannungsfreien, aber insgesamt doch kontinuierlichen Fortgang der politisch-ökonomischen Transformation zumindest vorsichtig hoffen. Gewiß: Der Weg zu einer Demokratie mit leistungsfähigen rechtsstaatlichen Institutionen und geordneten, transparenten Entscheidungsprozessen bleibt lang und mühsam. Nicht zuletzt fehlen nach wie vor funktionstüchtige politische Parteien als Katalysatoren politischer Willensbildung, Konfliktaustragung und Konsensfindung sowie zur Heranbildung einer neuen demokratischen Führungsschicht. Weiterhin problematisch ist die gleichzeitige Stärke und Schwäche des russischen Präsidenten: Stark ist er aufgrund seiner präsidentiellen - nicht selten geradezu "hyperpräsidentiellen" - Position; schwach ist er, weil die tatsächliche Autorität Jelzins aufgrund der fortgesetzten Emanzipation der russischen Gesellschaft vom Staat hinter dem von der Verfassung bestimmten Rang zurückbleibt und seine Gesundheit zudem beeinträchtigt ist. Ob die Einbindung Lebeds mit dem Image eines "Law-and-Order-Mannes" in die politische Spitze Rußlands, was sich für Jelzin offenbar im zweiten Wahlgang ausgezahlt hat, zu mehr Autorität und Durchsetzungsvermögen der staatlichen Administration oder zu paralysierenden Machtkämpfen und willkürlichen Interventionen führt, bleibt abzuwarten.

Dennoch: Wenn auch das mancherorts vernehmbare Jubelmotto "Sieg der Demokratie" stark überzogen ist,

¹ Vgl. hierzu und zum folgenden H.-H. Höhmann/C. Meier, Präsidentschaftswahlen in Rußland: Westliche Unterstützungsmaßnahmen im Vorfeld des ersten Wahlgangs, Aktuelle Analysen des BIOst, 40, 1996.

so kann doch angenommen werden, daß der Weg Rußlands zur Demokratie unter Jelzin zumindest offen bleibt. Marksteine für die Etablierung demokratischer Prozeduren, wenn nicht gar für die Herausbildung einer neuen politischen Kultur sind auch durch die seit 1993 abgehaltenen, im großen und ganzen korrekt verlaufenen Wahlen gesetzt worden. Schließlich ist von großer Bedeutung, daß trotz starker Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage keine umfassende Rückorientierung der russischen Bevölkerung auf den Kommunismus alter Prägung erfolgt ist. Dies sichert nicht nur ein höheres Maß an Kontinuität in der russischen Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik, sondern könnte auch Impulse zu einer Umstrukturierung des linken Spektrums im Sinne einer sozialdemokratischen Ausrichtung vermitteln.

Die ökonomische Szene: Wünsche und Hypothesen

Wie für die Politik, so muß auch für die Wirtschaft auf positive Perspektiven, aber auch auf weiterhin drückende, kaum abgetragene Hypothesen hingewiesen werden. Einerseits dürfte das Momentum für Reformen und eine weitere Öffnung zur Weltwirtschaft wieder zunehmen. Tendenzen zu mehr Rationalität in der Wirtschaftspolitik könnten sich verstärken, und Lernprozesse im Sinne effektiver individueller, gruppenspezifischer und regionaler Selbstregulierung nähmen möglicherweise an Intensität zu, so daß sich insgesamt die Chancen für die allmähliche Herausbildung einer Bürgergesellschaft verbessern dürften. Andererseits reichen weder das Leistungsvermögen der Wirtschaftspolitik noch die ökonomische Eigen- dynamik zu einer raschen Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten aus. So ist in Rußland zwar nicht mit einer weiteren dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage, wohl aber mit einer anhaltenden Stagnation zu rechnen und nicht mit einem zügigen institutionellen Ausbau der Marktwirtschaft sowie einem raschen ökonomischen Aufschwung nach ostmitteleuropäischem Muster. Im einzelnen bleiben folgende Hauptaufgaben auf der Agenda russischer Wirtschaftspolitik:

- Sicherung ausreichender monetärer Stabilität ohne allzu große Gefährdung der sozialpolitischen Belange der Bevölkerung;
- Sanierung der öffentlichen Haushalte und Realisierung eines funktionsgerechteren Finanzausgleichs;
- Komplettierung eines funktionsgerechten institutionellen Rahmens für die Marktwirtschaft, wobei der Weiterentwicklung der Privatisierung eine besondere Bedeutung zukommt;
- Änderung der realwirtschaftlichen Strukturen durch Modernisierung der Produktionskapazitäten mittels ausreichender Investitionen sowie durch Übergang zu marktgerechten und wettbewerbsfähigen Produktpaletten sowie
- Aufbau leistungsfähiger Systeme sozialer Sicherung.

Insbesondere letzteres ist dringend erforderlich, weil das Votum für Jelzin in erster Linie ein Anti-Sjuganow-Votum war, das ohne Konsolidierung der Lebensumstände breiterer Bevölkerungsschichten rasch an Substanz verlieren würde.

Zwischen Hoffen und Abwarten: G7-Gipfel von Lyon

Die skizzierten Entwicklungen von Politik und Wirtschaft implizieren, daß sich nach Jelzins Wahlsieg die Rahmenbedingungen für ein breitgefächertes westliches Wirtschaftsengagement in Rußland mittelfristig verbessern dürften, daß jedoch nicht mit sofortigen und rasanten Fortschritten zu rechnen ist. So kennzeichnen Interesse und positive Erwartungen die Haltung westlicher Wirtschaftskreise, aber noch keine Entschlossenheit zu neuen, umfangreichen Aktivitäten. Noch mehr gilt dieses wohlwollende Abwarten für die politischen Führungen im Westen.

Auch auf dem 22. Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden Industriestaaten (G7), der vom 27. bis 29. Juni 1996 in Lyon stattfand und mit der französischen Gastgeberrolle zugleich die vierte Runde von G7-Gipfelgesprächen seit 1975 eröffnet hat, sind neue spektakuläre Initiativen für die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen mit Rußland ausgeblieben. Dafür gibt es mindestens drei einleuchtende Gründe. Eine erste Ursache war der Zeitpunkt des 22. G7-Gipfels. Er lag zwischen dem ersten und dem zweiten, entscheidenden Wahlgang für die russische Präsidentschaft, so daß bei aller Hoffnung auf einen Wahlsieg Jelzins letztlich unklar war, wer der Adressat möglicher weitreichender G7-Partnerschaftsangebote hätte sein sollen und welchen Verbindlichkeitsgrad sie bei einer Übernahme der Präsidentschaft durch den

Kommunistenführer Sjuganow überhaupt gehabt hätten. Wohl mit Blick auf diesen Sachverhalt, vielleicht aber auch mit Blick auf die komplizierte innenpolitische Situation in Rußland und gleichzeitig auf seinen schlechten Gesundheitszustand hatte es Jelzin vorgezogen, seine Teilnahme am Lyoner Gipfel abzusagen und Regierungschef Tschernomyrdin als seinen Vertreter zu benennen. Dieser befand sich allerdings in einer kaum besseren Position, weil über seine Aussichten, auch künftig in der russischen Führungsspitze zu verbleiben, während des Wahlkampfes überwiegend negativ spekuliert worden war.

Es gab für die G7-Staaten vermutlich noch einen zweiten Grund, sich mit vorschnellen Offerten auch für den Fall eines Wahlsiegs von Jelzin zurückzuhalten. Die gegenwärtige politische Lage, aber auch die bisherigen G7-Erfahrungen mit Rußland ließen es geraten erscheinen, zunächst einmal die politische Kursbestimmung und die Etablierung des neuen Führungsteams für die zweite Amtsperiode Jelzins abzuwarten. Denn nach den Einlassungen russischer Spitzenpolitiker im Umfeld des Präsidenten ist damit zu rechnen, daß Rußland keine Zusammenarbeit mit dem Westen um jeden Preis suchen wird, sondern vielmehr eine kalkulierte Konfliktbereitschaft auch gegenüber den G7-Partnern erkennen lassen dürfte.

In diesem Kontext könnte möglicherweise noch eine dritte Überlegung die westliche Entscheidung für eine Angebotspause gegenüber Rußland beeinflußt haben. Nach den eindrucksvollen politischen und finanziellen Unterstützungsleistungen, die für Jelzin vor dem ersten Wahlgang von den G7-Partnern entweder direkt erbracht oder von ihnen bei internationalen Finanzorganisationen entscheidend vermittelt worden waren, schien es angebracht, vor weiteren Initiativen zunächst einmal Reichweite und Intensität russischen Entgegenkommens in für einzelne G7-Staaten wichtigen politischen Fragen zu ermitteln.

Die Ergebnisse von Lyon

Was unter diesen Umständen als politische Linie der G7-Staaten gegenüber Rußland festgelegt wurde, orientiert sich weitgehend an den bekannten Vorgaben, setzt aber gleichwohl vereinzelt auch neue Akzente und ist je nach Verlauf der russischen Entwicklung entweder rasch ausbaufähig oder noch weiter reduzierbar. Vier Gesichtspunkte sind besonders hervorzuheben:

1. Die politische Befürwortung der Vereinbarung zwischen der russischen Regierung und dem IWF über eine "Extended Fund Facility" (EFF) vom 26. März 1996 wurde mit der Aufforderung an die russische Regierung verknüpft, die im Gegenzug für die IWF-Finanztransfers übernommenen Verpflichtungen zur monetären Stabilisierung und zum Aufbau eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens uneingeschränkt umzusetzen, weil deren Erfüllung die unabdingbare Voraussetzung nicht nur für die Integration Rußlands in die Weltwirtschaft, sondern auch für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes schlechthin sei. Dieser wiederum, so eine zweite Forderung, müsse jetzt vorrangig durch Investitionen im Privatsektor erreicht werden, die allerdings ein verlässliches wirtschaftliches, rechtliches und administratives Umfeld benötigten. Damit haben die G7-Partner zwar zwei zentrale wirtschaftspolitische Aufgabenkomplexe für die neue Amtsperiode Jelzins deutlich umrissen. Doch schon in Lyon waren trotz der Zusicherung Tschernomyrdins, daß alle russischen Verpflichtungen gegenüber dem IWF bis Ende Juni 1996 erfüllt seien, warnende Stimmen zu vernehmen.¹ Aufgrund der vorliegenden und noch zu erwartenden makroökonomischen Daten sei die Moskauer Regierung kaum in der Lage, die IWF-Vorgaben für Haushaltsdefizit, Inflationsrate und BIP-Wachstum einzuhalten,² und sie werde alsbald um neue Finanztransfers bei den führenden G7-Staaten nachsuchen. Ob diese in einem solchen Fall den politischen Willen hätten, russische Forderungen nach frischem Geld bzw. weicheren IWF-Konditionen zurückzuweisen, ist, nach ihrem bisherigen Verhalten zu urteilen, wohl kaum wahrscheinlich. So gesehen dürfte das westliche Kalkül schwerlich aufgehen, mit der jüngsten, auf drei Jahre terminierten Vereinbarung zwischen dem IWF und Rußland, endlich das Problem gelöst zu haben, in der Phase zwischen zwei G7-Gipfeln immer wieder neu über Finanztransfers nach Rußland verhandeln zu müssen.
2. Schon vor, aber erst recht nach der Unterzeichnung der Vereinbarung über eine mittelfristige Umschuldung der russischen Auslandsschulden zwischen dem Pariser Club und Rußland am 29. April 1996 hat die Moskauer Regierung ihre Bemühungen um eine Aufnahme in diese Organisation verstärkt. Ihr

¹ VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 124, 1.7.1996.

² Vgl. dazu O. Hishow/C. Meier, Präsidentschaftswahlen in Rußland: Föderaler Haushalt vor dem Kollaps?, Aktuelle Analysen des BIOst, 44, 1996; ferner Süddeutsche Zeitung, 2.7.1996; Handelsblatt, 1.7.1996.

gehören heute 18 westliche Gläubigerstaaten an, die sich von Fall zu Fall treffen, wenn es darum geht, öffentliche oder öffentlich garantierte Kredite staatlicher Gläubiger oder Garanten umzuschulden. Zur Begründung wird angeführt, daß Rußland zahlreichen Staaten, vornehmlich aus der Dritten Welt, beträchtliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt hat, die auf ca. 110 Mrd. USD oder sogar noch höher geschätzt werden. Man erhofft sich von der Mitgliedschaft im Pariser Club, nicht nur verstärkten politischen Druck auf die Schuldner ausüben zu können, sondern auch Hilfe bei der Umschuldung dieser Verbindlichkeiten mit der Aussicht auf Rückzahlung von Teilbeträgen zu erhalten. Nachdem der französische Präsident des Pariser Clubs, C. Noyer, Ende Mai 1996 offenbar ohne vorherige Abstimmung mit den G7-Staaten bereits eine westliche Aufnahmebereitschaft angedeutet hatte,¹ wurde der Moskauer Regierung auf dem Lyoner Weltwirtschaftsgipfel signalisiert, daß die April-Vereinbarung allenfalls den Weg freimache für Gespräche mit den Mitgliedern des Pariser Clubs über die Frage, ob Bedingungen für Rußlands Beteiligung als Gläubiger vereinbart werden könnten. Tatsächlich dürfte das westliche Interesse an einer russischen Mitgliedschaft wenn überhaupt, dann nur sehr schwach ausgeprägt sein, weil man nicht bereit ist, den Pariser Club in eine Organisation zur Eintreibung russischer Forderungen aus der Zeit der alten Sowjetunion umzufunktionieren, und überdies kaum in der Lage wäre, die aus der Praxis der damaligen sowjetischen Geldvergabe resultierenden technischen Probleme, wie z.B. Handhabung der Wechselkurse, zu lösen.²

3. Vor Beginn des diesjährigen Weltwirtschaftsgipfels verlautete aus Moskau ganz unverblümt, daß es in Lyon keine Umwandlung der G7 in eine G8 geben werde. Diese Mitteilung bedeutete indes nicht, daß man sich in der russischen Regierung die Ansicht prominenter US-Republikaner, wie B. Scowcroft und L. Eagleburger,³ zu eigen gemacht hätte, wonach Rußland nicht in die G7 gehöre. Vielmehr gab der Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit im russischen Außenministerium, P. Smirnow, zu verstehen, daß Moskau die Einbeziehung Rußlands in den G7-Prozeß nicht forcieren wolle, sondern für einen evolutionären Weg plädiere, "obgleich unsere Partner - insbesondere Deutschland und Frankreich - dafür eintreten, daß aus der G7 bereits jetzt eine G8 wird"⁴. Dementsprechend wurde wie beim letztjährigen G7-Gipfel in Halifax verfahren. Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin traf am 28. Juni 1996, dem zweiten Tag des Gipfeltreffens, in Lyon ein, wurde sofort vom französischen Staatspräsidenten J. Chirac über den Verlauf der G7-Wirtschaftsberatungen sowie das G7-Dokument zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus persönlich informiert und nahm anschließend an den Beratungen über regionale und globale politische sowie wirtschaftliche Probleme teil, zu denen auch die Spitzen von IWF, Weltbank, WTO und EU hinzugezogen wurden. Vom Standpunkt westlicher Interessen war hierbei mehr als bemerkenswert, daß Rußland einer separaten G8-Gipfelerklärung zu Bosnien zustimmte, die mit Blick auf die Implementierung des Friedensabkommens von Dayton den politischen Rücktritt des Präsidenten der bosnischen Serben, R. Karadžić, ohne Wenn und Aber einforderte. Allerdings war unklar, ob die russische Zustimmung auch die Anwendung von Sanktionen für den Fall implizierte, daß der Serbenführer diese Aufforderung unbeachtet ließ oder sie zu umgehen versuchte. Trotzdem ist zu konstatieren, daß Rußland in Lyon viel stärker als ein Jahr zuvor in Halifax in die politische Arbeit des Weltwirtschaftsgipfels inkorporiert worden ist. Damit scheint die G7, wie Bundeskanzler Kohl bemerkte, de facto endgültig bei G8 angekommen zu sein. Diese Lösung ist unter den gegenwärtigen Umständen für alle Seiten vorteilhaft. Sie hat den Streit zwischen Gegnern (USA und Japan) und Befürwortern (Deutschland und Frankreich) einer G7-Erweiterung einstweilen vertagt und gibt der russischen Führung mit Blick auf den noch anhaltenden außenpolitischen Richtungskampf den gewünschten Bewegungsspielraum, in Einzelfragen entsprechend ihrer Interessenlage über eine politische Zusammenarbeit mit den G7-Staaten entweder positiv oder negativ zu entscheiden.
4. Die Bekräftigung der G7-Unterstützung für den politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungsprozeß in der Ukraine sowie der Bereitschaft, mit der Kiewer Regierung bei der Stilllegung des Kernkraftwerks Tschernobyl auf der Grundlage des vereinbarten Programms und der Finanzbeschlüsse eng zusammenzuarbeiten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gemeinsame G7-Politik gegenüber den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR auch künftig auf Rußland zentriert ist und die Aus-

¹ Financial Times, 23.5.1996.

² Financial Times, 24.5.1996.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.6.1996.

⁴ Interfax, russ., 24.6.1996/15.06.

gestaltung der Beziehungen zu den anderen GUS-Republiken in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen G7-Staaten verwiesen ist.

Insgesamt gilt das Prinzip Offensein nicht nur für die politischen und ökonomischen Perspektiven Rußlands, sondern auch für die westlichen Reaktionen darauf. Hier wie dort handelt es sich allerdings um ein "positives" Offensein, das vor allem als Ansatzpunkt für zukünftige Verbesserungen verstanden wird, mögen diese auch noch mit zahlreichen Risiken belastet sein. Die Beziehungen zu Rußland treten in eine neue Phase, in der die schwierige Suche nach adäquaten Sachlösungen im Rahmen einer stabilen Partnerschaft an die Stelle von Rettungsaktionen und rituellen Beschönigungen treten muß.

Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071